

Hochschulzugang von Frauen in den neuen Bundesländern

Irene Lischka

Der Anteil der Frauen unter den Studienanfängern der neuen Bundesländer ging in den zurückliegenden drei Jahren zurück. Allerdings ist der Hochschulzugang von Besonderheiten, z. B. der verstärkten Studienaufnahme von vorzeitig aus dem Wehrdienst entlassenen Männern, überlagert, so daß deshalb nur sehr bedingt auf eine veränderte Studierwilligkeit der Frauen geschlossen werden kann. Bedeutende Verschiebungen ergaben sich allerdings hinsichtlich der Wahl der Fächergruppen bzw. Studienbereiche. Diesbezüglich prägten sich die Unterschiede zwischen Frauen und Männern aus. Hinsichtlich der Gründe für die Studienaufnahme und die Studienfachwahl haben sich jedoch keine Unterschiede herausgebildet, werden die Haltungen der Frauen offensichtlich von der spezifischen Vergangenheit und Sozialisation stark geprägt.

1 Hochschulzugang von Frauen in der DDR

Frauen machten seit Mitte der 70er Jahre in der DDR etwa die Hälfte aller Studienanfänger des Hochschuldirektstudiums aus. Frauen nahmen vor allem ein Studium zur Vorbereitung auf ein Lehramt auf (ca. 32 % aller Studienanfängerinnen). Bereits an zweiter Stelle rangierte die Entscheidung für ein ingenieurwissenschaftliches Studium (ca. 20 % aller Studienanfängerinnen), an dritter Stelle die für ein wirtschaftswissenschaftliches Studium (ebenfalls ca. 19 % aller Studienanfängerinnen). Diese Struktur der Studienanfängerinnen nach Fächergruppen, die sich wesentlich von der in den alten Bundesländern unterscheidet, zwingt die Frage nach den Hintergründen, d. h. der Philosophie und den Mechanismen des Hochschulzugangs von Frauen zu DDR-Zeiten auf.

Wer als Antwort und Grundlage dieses interessanten Phänomens ebenso interessante theoretische Überlegungen und Konzeptionen erwartet, wird sich enttäuscht finden. Auf spezielle und unterschiedliche feministische Theorien wie in den alten Bundesländern kann nicht verwiesen werden. Wie insgesamt für die Wege, Mechanismen und Prozesse des Hochschulzugangs zutreffend, sind auch bezüglich des Hochschulzugangs von Frauen vorrangig pragmatische Ansätze zu erkennen. Sie waren primär darauf gerichtet, die Funktion von Hochschulbildung in der DDR, nämlich die Ausbildung für anspruchsvolle berufliche Tätigkeiten in einer zentral bestimmten quantitativen und fachlichen Struktur, auch unter den Aspekten der Gleichberechtigung und Förderung von Frauen zu realisieren.

Den verfassungsmäßig fixierten Grundsätzen der Gleichberechtigung von Frauen und Männern sowie der besonderen Förderung der Frauen, vor allem in der beruflichen Qualifizierung (zu der auch die Hochschulbildung gehörte),¹ wurde durch entsprechende zentrale Vorgaben bzw. Orientierungen entsprochen. Gleichberechtigung bedeutete auch, daß generell angestrebt war, Jungen und Mädchen in sämtliche Bildungsstufen in möglichst gleicher Anzahl aufzunehmen. Diese Orientierungen und die Maßnahmen zur verstärkten Nutzung von Bildungsangeboten durch Mädchen/Frauen scheinen insbesondere in den 50er und 60er Jahren, d. h. solange die Bildungsbeteiligung der Frauen und Mädchen noch unterproportional war, besonders ausgeprägt gewesen zu sein. Für die Zulassung zur Abiturstufe - als der Haupthürde beim Zugang zu höherer Bildung - konnte diese quantitative Gleichheit in relativ kurzer Zeit und ohne besondere Schwierigkeiten erfüllt wer-

¹ Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik. Artikel 20.2. Fassung vom 7. 10. 1974. Berlin 1985, S. 24.

den, gab es doch dafür generell wesentlich mehr Interessenten als Plätze. In anderen Bildungswegen bzw. auch in der Untersetzung nach Fächern, Berufen usw. konnten die genannten Grundsätze aufgrund einer ungleich anderen Bewerbersituation nur bedingt erfüllt werden. Das gilt z. B. auch für die Berufsausbildung mit Abitur (ein Drittel aller Abiturienten absolvierte diesen Bildungsweg), für die es aufgrund der dafür zugelassenen Berufe nicht gelang, mehr als 35 % Mädchen aufzunehmen. "Ausgleichend" dafür erwarben an den erweiterten Oberschulen (EOS) bis zu 60 % Mädchen das Abitur.¹

Zu verweisen ist auf die ambivalente Thematisierung der Fragen zur Gleichberechtigung von Frauen und Männern. Einerseits wurde dieser verfassungsmäßige Grundsatz prinzipiell sowohl formal als auch praktisch nachhaltig betont. Andererseits, bzw. eben deshalb, schien es offenbar kaum mehr notwendig, diesen Grundsatz in den der Verfassung untergeordneten Gesetzen, Anordnungen usw. nochmals gesondert auszuweisen. Darauf verweist u.a. die Tatsache, daß z. B. die gesetzliche Grundlage für die Aufnahme in die Abiturstufe (Aufnahmeordnung von 1981)² keine spezielle Aussage zur Berücksichtigung weiblicher Bewerber enthält, obwohl man gerade für die Aufnahme in die Abiturstufe von rigiden Quoten ausgehen kann.

Selbst grundlegende Publikationen und Konzeptionen zum Hochschulwesen der DDR³ enthalten keine gesonderten Ausführungen zu dieser Thematik. Das gilt auch für die seit 1971 bis 1989 gültige Zulassungsordnung für den

¹ Statistisches Amt der DDR (Hrsg.): Die Frau in der Deutschen Demokratischen Republik. Statistische Kennziffernsammlung. Berlin 1990, S. 66 und 67.

² Anordnung über die Aufnahme in die erweiterte allgemeinbildende polytechnische Oberschule und in Spezialklassen an Einrichtungen der Volksbildung sowie über die Bestätigung von Schülern für die Bewerbung um eine Lehrstelle in der Berufsausbildung mit Abitur - Aufnahmeordnung vom 5. Dezember 1981. Gesetzblatt I, Nr. 4. Berlin 1982.

³ Vgl. u.a.:

1. Institut für Hochschulbildung (Hrsg.): Das Hochschulwesen der DDR. Ein Überblick. Berlin 1980.

2. Das Bildungswesen der Deutschen Demokratischen Republik. Gemeinschaftsarbeit der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften, des Zentralinstituts für Berufsbildung, des Instituts für Fachschulwesen, des Zentralinstituts für Hochschulbildung und der Humboldt-Universität. Berlin 1989.

3. Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen (Hrsg.): Konzeption für die Gestaltung der Aus- und Weiterbildung der Ingenieure und Ökonomen in der Deutschen Demokratischen Republik. Berlin 1984.

Hochschulzugang sowie die jährlich herausgegebenen "Direktiven" für die bevorstehenden Studienjahre.¹

Man kann einerseits davon ausgehen, daß sich seit den 70er Jahren bereits ein solches Selbstverständnis entwickelt hatte, daß Mädchen und Jungen (sofern vom vorhandenen Potential her möglich) in etwa gleichen Anteilen an Bildung und Qualifikationen beteiligt werden sollten und es dafür keiner Argumentation mehr bedurfte. Andererseits ist aber auch darauf zu verweisen, daß offizielle Dokumente in der Regel noch durch interne Orientierungen, z. B. bezüglich der Lenkung und Aufnahme von Mädchen in technische Berufe und Studienrichtungen, mündlich oder schriftlich ergänzt wurden. Diese lassen sich retrospektiv kaum noch nachweisen.

Dem Prinzip, daß in allen Bildungsebenen und Berufen mit einigen Ausnahmen ein gleicher Anteil von Frauen und Männern anzustreben war, lagen insbesondere in den frühen DDR-Jahren einseitige und stark verabsolutierende Erziehungs- und Sozialisations-Vorstellungen zugrunde. Auch daraus resultierte, daß Frauen - staatlich gewünscht - massiv darauf orientiert und auch bevorzugt berücksichtigt wurden, wenn sie in die traditionell von Männern besetzten Felder "eindrangen". Gleichzeitig fehlten in den traditionell von Männern besetzten Berufsfeldern, insbesondere in technischen Berufen, ständig Arbeitskräfte - sowohl auf der Facharbeiter-, Fach- und Hochschulebene. Dem stand kein ausreichendes Potential an Männern gegenüber, so daß auch aus diesem Grund Frauen auf die entsprechenden Fachgebiete gelenkt wurden. Als Resultat dessen konnten Frauen sich damit teilweise tatsächlich in für sie neuen Berufsfeldern erfolgreich bewähren. Andererseits war aber auch ein späteres Abdriften einzelner Frauen aus so gewählten Berufsfeldern zu beobachten, wofür allerdings sehr unterschiedliche Gründe anzunehmen sind.

Der Hochschulzugang von Frauen in der DDR muß aufgrund der damaligen Bedingungen insgesamt als ambivalent eingeschätzt werden. Einerseits wurde über zentrale Orientierungen beim Zugang zur Abiturstufe erreicht, daß

¹ Vgl. Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen (Hrsg.):

1. Direktive für das Studienjahr 1984/85 an den Universitäten und Hochschulen der Deutschen Demokratischen Republik. Berlin 1984.
2. Direktive für das Studienjahr 1986/87 an den Universitäten und Hochschulen der Deutschen Demokratischen Republik. Berlin 1986.
3. Direktive für das Studienjahr 1987/88 an den Universitäten und Hochschulen der Deutschen Demokratischen Republik. Berlin 1987.
4. Direktive für das Studienjahr 1988/89 an den Universitäten und Hochschulen der Deutschen Demokratischen Republik. Berlin 1988.

Frauen und Männer in fast gleichem Maße an Hochschulbildung teilnahmen. Mit der engen Ableitung des Abiturientenaufkommens aus der Zahl der geplanten Studienanfänger (durchschnittlich 1,2 bis 1,4 Abiturienten pro Studienanfängerplatz) und der nach dem Geschlecht proportionalen Zulassung zur Abiturstufe war die Struktur der Studienanfänger nach dem Geschlecht insgesamt nur begrenzt variabel.

Über die Bereitstellung von Kinderbetreuungseinrichtungen, außerordentlich preiswerten Wohnheimplätzen sowie durch Sonderstudienpläne für Studentinnen mit Kindern bestanden aber nicht nur geeignete Voraussetzungen für den Hochschulzugang von Frauen, sondern auch für deren erfolgreichen Studienabschluß bei ggf. gleichzeitiger Familiengründung. Dafür sprechen u. a. die gleichen Studienresultate, hohen Absolventenquoten und geringen Abbrecherquoten der Frauen, selbst bei der unter DDR-Verhältnissen typischen Familiengründung während des Studiums.¹

Andererseits ist belegt, daß gerade Frauen aufgrund der vorgegebenen Struktur der Studienplätze wesentlich seltener als Männer ihre fachlichen Bildungsabsichten und -wünsche verwirklichen konnten. Der hohe Anteil der Frauen in den Ingenieur- und Wirtschaftswissenschaften geht einher mit einer deutlich geringeren Motivation der Frauen für ihr Studium und die anschließende berufliche Tätigkeit. Bildungssoziologische Untersuchungen ergaben:

- Frauen in den Ingenieur-, Natur- und Wirtschaftswissenschaften wollten zu 35 % - 38 % ein anderes Fach studieren, waren mithin in diese Fächergruppen umgelenkt worden.² Innerhalb dieser Fächergruppen bestanden noch deutliche Unterschiede zwischen den einzelnen Studiengängen. So war nur für 40 % der Frauen in Verfahrenstechnik, für 48 % im Maschinenbau die getroffene Entscheidung im Sinne ihres tatsächlichen Wunsches.³

¹ Schreier, K.: Zur Familiensituation von Hochschulabsolventen bei Studierenden. In: Zentralinstitut für Jugendforschung/Karl-Marx-Universität Leipzig (Hrsg.): Leistungsentwicklung im Studium. Leipzig 1989, S. 100.

² Lischka, I.; Schneider, G.: Zum Studienwahlverhalten Jugendlicher. In: Zentralinstitut für Hochschulbildung (Hrsg.): Wissenschaftliche Arbeitsberichte 6/1985, Berlin 1984, S. 5.

³ Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.): Berufliche Integration und Weiterbildung von Ingenieurinnen aus den neuen Ländern. Bildung - Wissenschaft - Aktuell 3/93, Bonn 1993, S. 7.

- Frauen wählten diese Studienfächer, weil sie in Kenntnis der Situation dafür entweder von vornherein bessere Zulassungschancen für sich sahen oder aber nach abgelehnter Erstbewerbung umgelenkt worden waren.¹
- Frauen in den genannten Fächergruppen gaben für das gewählte Studienfach geringere Eignung, Neigung und Interessen an als ihre männlichen Kommilitonen.²
- Relativ unabhängig von den gewählten bzw. bereitgestellten Studienfächern waren auch in der DDR Mädchen und Frauen stärker als Jungen daran interessiert, mit ihrem angestrebten Beruf Menschen zu helfen und Wissen weiterzugeben.³ Gleichzeitig war ihre Karriereorientierung (Übernahme von Leitungsfunktionen, berufliche Entwicklung, Verdienst) innerhalb sämtlicher Studienfächer bereits bei Studienbeginn geringer ausgeprägt als bei ihren männlichen Mitstudenten.⁴ Das dürfte u. a., wenn auch durchaus nicht ausschließlich, die differenzierten Berufsverläufe von Frauen und Männern nach Studienabschluß erklären.

Die genannten Befunde belegen, daß Frauen beim Hochschulzugang in der DDR stärker als Männer bevormundet und fremdbestimmt waren. Nur vor diesem Hintergrund ist es möglich, aktuelle Erscheinungen, wie z. B. den sinkenden Frauenanteil in bestimmten Studienfächern, nicht nur als Rückschritt in tradierte Verhaltensweisen, sondern auch als Gewinn hinsichtlich eines selbstbestimmten Bildungsverhaltens zu werten.

2 Veränderte Bedingungen für den Hochschulzugang

Der Hochschulzugang von Frauen in den neuen Bundesländern änderte sich innerhalb der zurückliegenden drei Jahre deutlich, in den kommenden Jahren ist mit weiteren Verschiebungen zu rechnen. Woraus resultieren diese, was bildet dafür den äußeren Rahmen?

¹ Lischka, I.; Schneider, G.: Zum Studienwahlverhalten Jugendlicher; a.a.O., S. 23 und 35.

² Schneider, G.: Studienwahlverhalten Jugendlicher - Motivation. Zentralinstitut für Hochschulbildung (Hrsg.): Wissenschaftliche Arbeitsberichte 9/1984, Berlin 1983, S. 12-14.

³ Ebenda, S. 20.

⁴ Ebenda, S. 29.

Nachfolgend sei auf jene Veränderungen des äußeren Bedingungsgefüges verwiesen, die die derzeitige Entwicklung prägen. Sie dürften differenzierte Wirkungen auf den Hochschulzugang von Frauen und Männern haben.

1. Seit spätestens 1991 wird ein relativ unbegrenzter Zugang zur gymnasialen Oberstufe und damit zum Erwerb der Studienberechtigung gewährt. Das bedeutet gegenüber der Zulassung zur Abiturstufe zu DDR-Zeiten u. a.: Aufhebung von einheitlichen, engen quantitativen Limitierungen beim Zugang zu Abiturbildung; Entfallen von Vorgaben für die Zulassung zu Abiturbildung nach dem Geschlecht; Wegfall von Kriterien der sozialen Herkunft, des sozialen Verhaltens einschließlich der engen Leistungsparameter. Das bedeutet aber auch, daß sich die quantitativ-strukturellen Vorgaben für den Zugang zu Abiturbildung in der DDR infolge der zeitlichen Verzögerungen bis zur Studienaufnahme noch bis etwa 1995 auf den Zugang zu den Hochschulen auswirken können.
2. Einhergehend mit der Umgestaltung des Bildungsbereichs und Öffnung der gymnasialen Oberstufe veränderte sich die Funktion von Abiturbildung gravierend. Abiturbildung hatte zu DDR-Zeiten ausschließlich die Funktion der Studienvorbereitung. Dementsprechend waren den Abiturienten faktisch andere Möglichkeiten beruflicher Ausbildungen verschlossen, was einen gewissen Zwang zur Studienaufnahme einschloß. Nicht zuletzt daraus resultierte die enorme Bruttostudierquote von weit über 90 %.
3. Wesentlich veränderten sich auch die Bildungsinhalte und -methoden der gymnasialen Oberstufe (z. B. erweiterte geistig-kulturelle Bildung, reduzierte mathematisch-naturwissenschaftliche Inhalte, erhöhte Anforderungen an selbständiges Arbeiten). Es ist anzunehmen, daß dies auch die Einstellung von Frauen und Männern zum Erwerb höherer Bildung sowie die Nachfrage nach bestimmten Studienfächern prägen könnte.
4. Seit 1991 können Studienfach und Hochschule, bei Einschränkungen in den bislang wenigen NC-Fächern, relativ frei gewählt werden. Damit besteht bei der Studienentscheidung ein wesentlich erweiterter Handlungsspielraum gegenüber den bis dato vorgegebenen Studienplatzkontingenten als Rahmen der Studienzulassung.
5. Von Einfluß auf den Hochschulzugang sind ebenfalls folgende Veränderungen:
Dezentralisierung der Entscheidungsbefugnis über den Hochschulbereich auf die einzelnen Länder; damit einhergehende Strukturierung der Hochschullandschaft unter länderspezifischen Aspekten bei gleichzeitiger

Reduzierung der Anzahl der Hochschulen mit universitärem Status; Verbreiterung des inhaltlichen Profils der Universitäten und Einführung von Fachhochschulen als neuem Hochschultyp. Die damit verbundene Verschiebung des Netzes einschließlich des inhaltlichen Profils der Hochschulen innerhalb einzelner Regionen kann die Bildungswünsche erheblich prägen. Generell ist der Einfluß der Hochschulstandorte auf die Bildungsentscheidung belegt.

6. Mit der Aufhebung der Fachschulstufe in ihrer bisherigen Funktion und Größenordnung (ca. 12 % eines Altersjahrgangs begann ein Fachschuldirektstudium, darunter 8,5 % an Ingenieurschulen) veränderte sich der Entscheidungsspielraum beim Zugang zu höheren beruflichen Qualifikationen.

Aufgrund der Tatsache, daß die Fachschulstufe vorrangig von Frauen und Mädchen absolviert wurde (rd. vier Fünftel der Fachschulabsolventen waren Frauen), stellt sich die Frage, in welche anderen Bildungswege, Bildungsstufen bzw. Berufe nunmehr dieses Potential "abwandert". Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß das Anforderungsniveau der Fachschulstufe sehr heterogen war. Frauen wurden an Fachschulen vorrangig zu Unterstufenlehrerinnen, Erzieherinnen oder mittleren medizinischen Kräften (Krankenschwestern) ausgebildet.

Relativ unabhängig vom Bildungsbereich sind folgende wesentliche äußere Veränderungen in Rechnung zu stellen, die den Hochschulzugang von Frauen ebenfalls erheblich beeinflussen dürften:

7. Fast vollständiger Umbruch des Arbeitsmarktes durch den radikalen Abbau von Industriearbeitsplätzen bei leichtem Anstieg in Handwerk und Dienstleistungsbereich.
8. Überproportional hohe Arbeitslosenquote bei Frauen sowie die Verschlechterung der Bedingungen zur Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Mutterschaft.

3 Quantitative Entwicklungen

In den 70er Jahren war in der DDR der Anteil der Frauen beim Zugang zur Hochschulbildung (Direktstudium) ständig gestiegen und erreichte Anfang der 80er Jahre (1980 mit 53,1 %) die maximalen Werte (siehe Tabelle 1). Im Laufe der 80er Jahre sank der Anteil der Frauen wieder leicht und betrug 1989 nur noch 47,3 %. Diese Entwicklung kann retrospektiv nur bedingt

erklärt werden. Möglicherweise änderten sich die Bildungsnachfrage und auch das Bildungsverhalten (z. B. die Kompromißbereitschaft, ein nicht gewünschtes Studienfach zu wählen) der Frauen in den 80er Jahren tatsächlich. Wahrscheinlicher ist allerdings, daß Jungen in zunehmendem Maße bevorzugt zum Studium zugelassen wurden. Zumindest aus den Bereichen Medizin und Lehrerbildung, in denen vorwiegend Frauen tätig sind, gibt es dementsprechende Hinweise.

Bei der Bewertung der angeführten Relationen ist allerdings zu berücksichtigen, daß Männer in vermutlich nicht unbedeutender Anzahl ein Studium an militärischen Hochschulen aufnahmen (dazu liegen keine genauen Daten vor). Unter Berücksichtigung dessen ist die Geschlechterrelation beim Zugang zur Hochschulbildung (Direktstudium) im Jahr 1980 auf ein Verhältnis von 48 % Frauen zu 52 % Männer zu schätzen. Für 1989 kann danach von einem Verhältnis von 42 % Frauen zu 58 % Männer ausgegangen werden. Weitere leichte Verschiebungen zu Lasten des Frauenanteils ergeben sich, wenn das Hochschulfernstudium berücksichtigt wird. In den 80er Jahren nahmen jährlich 2.200 bis 3.000 Studienberechtigte ein Hochschulfernstudium auf. Der Anteil der Frauen unter den Fernstudenten betrug reichlich 30 %.¹

Insgesamt, d. h. unter Berücksichtigung des Fern- und Direktstudiums sowie der mutmaßlichen Anzahl von jährlich rd. 4.000 männlichen Studienanfängern an militärischen Hochschulen, betrug damit der Anteil von Frauen beim Zugang zur Hochschulbildung in den Jahren

1980 ca. 45 %
1985 ca. 44 %
1989 ca. 40 %.

Für die Beobachtung aktueller und künftiger Entwicklungen ist allerdings auch der Frauenanteil an Fachschulen der damaligen DDR in Rechnung zu stellen. Seit Mitte der 70er Jahre machten Frauen trotz ebenfalls leicht sinkender Tendenz etwa 80 % der Studienanfänger an Fachschulen aus. Die Differenziertheit des Anforderungsniveaus der Fachschulstufe verbietet zwar eine generelle Gleichsetzung und Addition zum Hochschulzugang. Die fast vollständige Aufhebung dieser Bildungsstufe, die jährlich mehr als 20 % der Frauen eines Altersjahrgangs besuchten, dürfte aber zwangsläufig Verän-

¹ Grygier, B.; Wunsch, R.: Zugang von Frauen und Mädchen zum Hoch- und Fachschulstudium. In: Zentralinstitut für Hochschulbildung (Hrsg.): Forschung über das Hochschulwesen 68/1988, Berlin 1988, S. 11.

derungen im Zugang zu den anderen Bildungsstufen und -wegen nach sich ziehen (z. B. erhöhte Nachfrage nach Abiturbildung).

Tabelle 1: Anzahl (in Tsd.) und Anteil (%) der Frauen an den Studienanfängern (Direktstudium) in den neuen Bundesländern

Jahr	Hochschulen			Fachschulen		
	Anzahl insg. (Tsd.)	Anzahl weibl. (Tsd.)	Anteil (%) weibl.	Anzahl insg. (Tsd.)	Anzahl weibl. (Tsd.)	Anteil (%) weibl.
1951	9,6	-	ca. 23	-	-	-
1960	20,7	-	ca. 31	19,5	-	ca. 32
1970	30,8	13,8	44,7	23,0	14,5	62,9
1975	27,8	13,6	49,0	34,5	27,7	80,3
1980	26,8	14,2	53,1	35,6	29,9	83,6
1985	26,5	13,6	51,5	33,0	26,4	80,3
1986	25,9	13,5	52,1	32,2	25,8	80,0
1987	25,4	13,0	51,2	31,6	24,9	78,9
1988	26,0	12,6	48,6	30,2	23,9	79,3
1989	26,1	12,4	47,3	27,7	22,1	79,7
1990	35,2	14,2	40,4	-	-	-
1991	30,4	12,7	41,8	-	-	-
1992	29,2 ¹		50,3 ²			

¹ Nur Anfänger aus den neuen Ländern

² Anteil bezieht sich nur auf das SS 1992

Quelle: Projektgruppe Hochschulforschung¹

¹ Vgl. u.a.:

1. Statistisches Amt der DDR (Hrsg.): Die Frau in der Deutschen Demokratischen Republik. Statistische Kennziffersammlung. Berlin 1990.

2. Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen (Hrsg.): Fachschulstatistik der DDR. Berlin 1971, 1976, 1981, 1986, 1987, 1988, 1989.

(Fortsetzung...)

Aus den vorliegenden Daten der letzten drei Jahre lassen sich noch keine zuverlässigen Tendenzen bezüglich der künftigen quantitativen Entwicklung des Hochschulzugangs von Frauen ableiten. Der Hochschulzugang der letzten drei Jahre war überlagert von Besonderheiten, die das äußere Bild verzerren. Der drastische Rückgang des Frauenanteils im Jahre 1990 - trotz einer höheren Anzahl von Studienanfängerinnen - macht dies besonders deutlich. Die höhere Nachfrage im Jahre 1990 spricht für den sowohl bei Frauen als auch bei Männern vorhandenen Nachholbedarf an Hochschulbildung, der unmittelbar nach dem politischen Umbruch realisiert wurde. Sie steht aber auch im Zusammenhang mit dem Auslaufen des Vorpraktikums, durch das ein Teil der Frauen das Studium bis dato ebenfalls zeitlich verzögert begann. Der geringe Anteil der Frauen von 40,4 % im Jahre 1990 ist noch kein Indiz eines veränderten Bildungsverhaltens. Vielmehr begannen 1990 ca. 21,0 Tsd. Männer ein Studium, mithin 7,3 Tsd. mehr als 1989 - vorwiegend aufgrund vorzeitiger Entlassungen aus dem ursprünglich verlängerten Wehrdienst.

1991 stieg der Anteil der Frauen mit 41,8 % wieder leicht an, erreichte aber nicht die vorjährige Höhe. Das deutet auf eine Annäherung an die alten Bundesländer in der Bildungsbeteiligung der Frauen hin.

Bei Berücksichtigung sämtlicher Hauptstudienformen (Direktstudium, Fernstudium, Abendstudium) wird aber auch zu dieser Position deutlich, daß der Unterschied zwischen 1989 und 1991 tatsächlich "nur" 3,1 Prozentpunkte beträgt (siehe Tabelle 2, Spalte 3). Die Gegenüberstellung der absoluten Zahlen (siehe Tabelle 1, Spalte 3) zeigt sogar einen absoluten Anstieg der Frauen in 1990 (Nachholbedarf) und fast gleiche absolute Zahlen in 1991 wie 1989. Aufgrund der Tatsache, daß 1991 ebenso viele Frauen wie 1989 die

¹(...Fortsetzung)

3. Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen (Hrsg.): Hochschulstatistik der DDR. Berlin 1971, 1976, 1981, 1986, 1987, 1988, 1989.

4. Ministerium für Bildung (Hrsg.): Hochschulstatistik 1989 - Studierende. Berlin 1990 (bearbeitet an der TU Magdeburg).

5. GESTAL - Gemeinsames Statistisches Amt der Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen (Hrsg.): Hochschulstatistik 1990 - Studierende (Beitrittsgebiet). Berlin 1991 (unveröffentlichtes Arbeitsmaterial).

6. GESTAL (Hrsg.): Hochschulstatistik 1991 - Studierende (Beitrittsgebiet). Berlin 1992 (unveröffentlichtes Arbeitsmaterial).

7. Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Studenten an Hochschulen. Sommersemester 1992. Vorbericht. In: Bildung und Kultur, Fachserie 11, Reihe 4.1, Wiesbaden 1992.

8. Hochschulrektorenkonferenz (Hrsg.): Studienanfänger- und Studentenzahlen für die Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland im Wintersemester 1992/93 im Vergleich zu den Wintersemestern 1989/90 bis 1992/92. Bonn 1993.

Studienberechtigung erwerben (Abiturienten 1991 wurden noch unter DDR-Bedingungen zur Abiturstufe zugelassen), läßt sich folgern, daß sich die Studierwilligkeit zunächst kaum geschlechtsdifferenziert veränderte. Vielmehr sank sie bei Frauen und Männern in fast gleichem Maße. Das belegen auch die Befragungen bei den potentiellen Studienbewerbern,¹ während andere Erhebungen bei Frauen ein stärkeres Sinken der Studierneigung signalisieren.²

Tabelle 2: Anteil (in %) der Frauen an den Studienanfängern der neuen Bundesländer zwischen 1989 und 1991

Jahr	Anteil im Direktstudium (%)	Anteil in allen Hauptstudienformen (%)
1989	47,3	45,9
1990	40,4	40,4
1991	41,8	42,8

Quelle: Projektgruppe Hochschulforschung

Im Prozeß der Umstrukturierung der gesamten Hochschullandschaft verschoben sich aber die Studienanfängerzahlen zwischen den einzelnen neuen Ländern und darunter auch der Anteil der Frauen (siehe Tabelle 3).

Der Anteil weiblicher Studienanfänger variiert zwischen den einzelnen Ländern. 1989 lag er in Brandenburg mit 55,3 % höher als in den anderen neuen Bundesländern, in Sachsen dagegen mit 42,8 % am niedrigsten. Brandenburg und Sachsen bilden auch 1991 noch die Extrema, wobei der Rückgang in Sachsen über 6 %, in Brandenburg aber nur 1,5 % beträgt. Die angeführten Unterschiede sind im Zusammenhang mit dem Ausbildungsprofil der einzelnen Bundesländer zu sehen. In Sachsen dominieren Ingenieurwissenschaften, die generell und insbesondere von Frauen mit fallender Tendenz nachgefragt

¹ Lischka, I.: Potentielle Studienberechtigte in den neuen Bundesländern. In: Projektgruppe Hochschulforschung (Hrsg.): Projektberichte 2/1992, Berlin 1992.

² Durrer, F.; Heine, Ch.: Studien- und Berufsausbildungswahl der Abiturienten '92 aus den neuen Ländern. HIS-Projektberichte, Hannover 1993.

werden. In Brandenburg dagegen sind über 60 % der Studienanfänger in Lehramtsstudiengängen, die traditionell von Frauen bevorzugt werden.

Insgesamt gilt, daß der Frauenanteil unter den Studienanfängern generell und auch in den einzelnen Bundesländern 1990 deutlich unter den Werten von 1989 lag, 1991 aber wieder leicht stieg oder, wie in Sachsen und Sachsen-Anhalt, auf dem geringeren Niveau stagnierte.

Tabelle 3: Anteil (in %) der Frauen an den Studienanfängern in den einzelnen neuen Bundesländern

Jahr	neue Länder insgesamt	Berlin (O)	Brandenburg	Meckl.-Vorpomm.	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Thüringen
1989	47,3	51,2	55,3	49,1	42,8	52,9	46,0
1990	40,4	44,8	41,4	45,2	36,5	42,2	38,8
1991	41,8	47,1	53,8	45,8	36,5	42,5	38,7

Quelle: Projektgruppe Hochschulforschung

4 Fächergruppenwahl der Frauen

Im Unterschied zu den relativ geringen Verschiebungen bezüglich der Gesamtheit des Hochschulzugangs änderte sich die Wahl der Fächergruppen bei Frauen deutlich. Das gilt sowohl absolut als auch relativ (siehe Tabelle 4). Auffallend ging der Frauenanteil in Mathematik/Naturwissenschaften von 36 % auf 25 % und in den Ingenieurwissenschaften von 24 % auf 13 % zurück. Der höhere Frauenanteil bis 1989 war in besonderem Maße durch entsprechende staatliche Lenkungen erzielt worden. Insofern ist die aktuelle Entwicklung nicht allein als Rückdrängen der Frauen auf tradierte Berufs- und Bildungsfelder zu interpretieren. Auffallend ist auch der deutlich gesunkene Frauenanteil in den Wirtschaftswissenschaften. Im Zusammenhang mit den enorm gestiegenen Studienanfängerzahlen in dieser Fächergruppe bei einer fast konstanten Anzahl Frauen verweist diese Erscheinung aber vor allem auf die beträchtlich gewachsene Attraktivität eines solchen Studiums für Männer. Frauen sind dagegen in den Rechtswissenschaften sowie in den im weiten Sinne Geisteswissenschaften (zusammengefaßt als sonstige) absolut und relativ stärker präsent als zu DDR-Zeiten.

Tabelle 4: Anteil von Frauen unter den Studienanfängern an Hochschulen der neuen Bundesländer nach Fächergruppen bzw. Studienbereichen (in %)

Fächergruppe/Studienbereich	1989	1990	1991
Mathematik/Naturwissenschaften	35,9	28,9	25,3
Ingenieurwissenschaften	24,1	18,6	13,3
Medizin	49,5	44,8	50,5
Veterinärmedizin	42,0	33,3	53,8
Agrar-, Forst- u. Ernährungswissenschaften	54,9	47,5	49,1
Wirtschaftswissenschaften	74,6	57,0	41,9
Rechtswissenschaften	38,4	41,7	46,2
Lehramt	72,8	61,6	70,1
Sonstige	50,8	51,9	56,4
Insgesamt	47,3	40,4	41,8

Quelle: Projektgruppe Hochschulforschung

Damit verteilten sich die Studienanfängerinnen 1991 im Unterschied zu 1989 wie folgt auf die einzelnen Fächergruppen bzw. Studienfächer:

Tabelle 5: Verteilung der Studienanfängerinnen an Hochschulen der neuen Bundesländer nach Fächergruppen bzw. Studienbereichen (in %)

Fächergruppe/Studienbereich	1989	1991
Mathematik/Naturwissenschaften	7	6
Ingenieurwissenschaften	20	7
Medizin	9	10
Veterinärmedizin	6	1
Agrar-, Forst- u. Ernährungswissenschaften		2
Wirtschaftswissenschaften	19	16
Rechtswissenschaften	7	11
Sonstige		21
Lehramt	32	26
Insgesamt	100	100

Quelle: Projektgruppe Hochschulforschung

Auch bei dieser Betrachtungsweise zeigen sich die gravierenden Verschiebungen. Während 1989 noch 20 % der Studienanfängerinnen ein ingenieurwissenschaftliches Studium begannen, waren das 1991 nur 7 %. Für ein Lehramt entschieden sich 1989 sogar 32 %, 1991 aber "nur" noch 26 %. Dafür begannen 1991 aber 11 % der Studienanfängerinnen ein rechtswissenschaftliches, 21 % ein im weiteren Sinne geisteswissenschaftliches Studium (sonstiges genannt), während 1989 nur zusammen 7 % diese Studienbereiche wählen konnten.

5 Studienabsichten künftiger Abiturientinnen

Die Befragung von Gymnasialschülerinnen der Abiturjahrgänge 1992 und 1994 ergab, daß die Unterschiede bezüglich der Studienbereitschaft zwischen Frauen und Männern bisher relativ konstant sind, sich also in Folge der wirtschaftlich-sozialen Umstellung weder verstärkten noch verringerten. Damit ist eine Ausgangsbasis markiert, von der bei der weiteren Beobach-

tung des Bildungsverhaltens ausgegangen werden kann. Besonders zu verweisen ist darauf, daß auch die Öffnung der gymnasialen Oberstufe (Abiturjahrgang 1994/95) zunächst zu keinen signifikant höheren Abweichungen zwischen Frauen und Männern führte.

Insgesamt gilt allerdings, daß sich sowohl bei Frauen als auch bei Männern eine deutlich geringere Studierneigung abzeichnet. Während zu DDR-Zeiten über 90 % der Abiturienten allein ein Hochschuldirektstudium begannen, hatten von den 1991er Abiturienten nur noch 78 % eine solche Absicht. Für die 1992er und die 1994er Abiturjahrgänge wurden mit 73 bzw. 75 % noch geringere Studierneigungen ermittelt (siehe Tabelle 6).

Tabelle 6: Studienabsichten unterschiedlicher Abiturjahrgänge (Anteil in %)

Studienabsicht	Abiturienten 1991 ¹			Abiturjahrgänge 1992/1994 ²				
	insg.	w	m	insg.	w	m	Jg. 1992	Jg. 1994
fest	50	46	55	27	26	29	31	23
wahrscheinlich	25	29	27	47	48	46	42	52
Summe	75	75	82	74	74	75	73	75

¹ Quelle: Statistisches Bundesamt¹

² Quelle: Projektgruppe Hochschulforschung

Von den Abiturienten 1991 wollten 76 % der Frauen und 82 % der Männer studieren. Das entspricht einer Struktur der Studienanfänger von etwa 48 % Frauen und 52 % Männer (bei einer für diesen Jahrgang anzusetzenden 50/50 Geschlechter-Struktur der Abiturienten aus EOS und Berufsausbildung mit Abitur). Aus Berlin und Sachsen-Anhalt vorliegende Daten belegen aber einen wachsenden Anteil von Frauen unter den Gymnasialschülern in Folge der Öffnung der gymnasialen Oberstufe (56 % bzw. 58 %), der auch der Ge-

¹ Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Abiturienten 1991 nach Studienabsicht und Ländern. In: Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in den neuen Bundesländern, 2/1991, Wiesbaden 1991, S. 72.

schlechterverteilung an den früheren Erweiterten Oberschulen der DDR entspricht (57 % bis 59 %).¹ Im Zusammenhang mit der erfragten Studienabsicht ergäbe sich daraus rein theoretisch, daß bei den Studienanfängern der nächsten Jahre sogar mit 57 % Frauen und 43 % Männern gerechnet werden könnte, sofern die gegenwärtige Studienabsicht verwirklicht würde. Allerdings sprechen jüngste Untersuchungsbefunde dafür, daß Frauen häufiger als Männer ihre ursprüngliche Studienabsicht aufgeben.²

Die Gründe für ein beabsichtigtes Studium lassen generell die sozialisationsbedingten Besonderheiten künftiger Studierender der neuen Bundesländer erkennen (siehe Tabelle 7). So kommt der interessanten (beruflichen) Tätigkeit nach dem Studium absolute Priorität zu (Mittelwert $x = 1,54$ im fünfstufigen Antwortmodell). Deutlich geringeren Stellenwert hat im Verhältnis dazu der Bildungswert des Studiums ($x = 2,11$). Damit zeigen sich Unterschiede zu den Abiturienten der alten Bundesländer, wie auch andere Untersuchungen (HIS) belegen.³ Beachtenswert ist allerdings, daß nicht nur die Abiturienten 1990 (HIS-Untersuchung), sondern auch die künftigen Abiturientenjahrgänge (trotz der veränderten Zulassungsbedingungen zur gymnasialen Oberstufe und der veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen) noch die angeführten "DDR-typischen" Haltungen zum Studium in relativ stabiler Ausprägung erkennen lassen.

Für die Gesamtheit aller Gründe können kaum Unterschiede nach dem Geschlecht ausgemacht werden. Grundsätzlich zeigen sich also relativ ähnliche Haltungen, Einstellungen bzw. Wertorientierungen der Jugend in den neuen Bundesländern - unabhängig vom Geschlecht. Frauen begründen ihre Studienabsicht ebenso vorrangig (sogar etwas stärker) wie Männer damit, eine interessante Tätigkeit nach dem Studium aufnehmen zu wollen. Bezüglich qualifizierter beruflicher Tätigkeiten von Frauen hat sich in den neuen Bundesländern offenbar ein relativ stabiles, von den alten Bundesländern abweichendes Selbstverständnis entwickelt. Lediglich der erwartete gute Verdienst begründet bei Jungen in stärkerem Maße als bei Mädchen die Studienabsicht.

¹ Statistisches Amt der DDR (Hrsg.): Die Frau in der Deutschen Demokratischen Republik. Statistische Kennziffernsammlung, Berlin 1990, S. 66.

² Durrer, F.; Heine, Ch.: Studien- und Berufsausbildungswahl der Abiturienten '92 aus den neuen Ländern. HIS-Projektbericht, Hannover 1993, S. 3.

³ Lewin, K.: Die Studienaufnahme 1990/91 in den alten und den neuen Bundesländern. HIS-Kurzinformation A 5/91, Hannover 1991, S. 6.

Tabelle 7: Begründung der Studienabsicht (Mittelwerte x bei fünfstufigem Antwortmodell)¹

Gründe	Gesamt	Jg. 1992	Jg. 1994	w	m
Interess. Tätigkeit nach Studium	1,54	1,53	1,55	1,52	1,55
Aneignung hoher Bildung	2,11	2,12	2,10	2,13	2,05
Guter Verdienst nach Studium	2,18	2,24	2,11	2,29	1,97

¹ Antwortmodell: 1 - sehr stark zutreffend ..., 5 - überhaupt nicht zutreffend

Quelle: Projektgruppe Hochschulforschung

Die von den Schülern der 11. und 9. Klassen geäußerten Studienfachwünsche belegen ebenfalls die insgesamt starken Veränderungen gegenüber der früheren Fachrichtungsstruktur der Studienanfänger.

Auch wenn bei den Befragten allein durch die bis zur Studienentscheidung verbleibende Zeit noch mit Verschiebungen zu rechnen ist, sind die Unterschiede zu früheren Jahren doch erheblich. Das gilt insbesondere für die Ingenieurwissenschaften. Für diese Fächergruppe, die (bis auf das Studienfach Informatik) mit dem Wissenschaftszweig Technische Wissenschaften (der DDR-Systematik) identisch ist, interessieren sich gegenwärtig nur 8,8 % der befragten künftigen Abiturienten an erster Stelle. In den alten Bundesländern nehmen gegenwärtig aber fast ein Viertel aller Studienanfänger ein ingenieurwissenschaftliches Studium auf.

Großes Interesse gilt der Fächergruppe Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, benannt von 31 % der Befragten. Dieses konzentriert sich dabei auf die Studienfächer Rechtswissenschaften (9,6 %) und Betriebswirtschaft (16,6 %) mit Anteilen, die fast das Doppelte der Immatrikulationen in den alten Bundesländern betragen.

In Gegenüberstellung der Klassenstufen 11 und 9 zeigten sich insgesamt nur leichte Unterschiede. Die Unterschiede nach dem Geschlecht sind dagegen teilweise erheblich. Insbesondere für die Sprach- und Kulturwissenschaften sowie Medizin interessieren sich Frauen häufiger als Männer. Dagegen beabsichtigen Männer eher als Frauen ein mathematisch-naturwissenschaft-

liches oder ingenieurwissenschaftliches Studium. Das war auch zu DDR-Zeiten erfahrungsgemäß nicht anders, konnte jedoch nicht in dem gewünschten Umfang verwirklicht werden.

Als Grund für die beabsichtigte Studienfachwahl der künftigen Abiturienten steht das fachliche Interesse deutlich an erster Stelle (Mittelwert $x = 1,16$ im dreistufigen Antwortmodell). An zweiter Stelle wird ein konkreter Berufswunsch genannt, für dessen Erfüllung die beabsichtigte Studienrichtung eine Voraussetzung darstellt. Eine unerwartete Bedeutsamkeit für die Studienfachwahl erhält die Überlegung, sich nach dem Studium selbständig machen zu können. Unerwartet, weil diese Möglichkeiten bis auf Ausnahmen in der DDR nicht bestanden. Die Jugendlichen erkennen aber offenbar sehr rasch die Vorteile der veränderten Bedingungen. Möglicherweise ist auch die Absicht zum Aufbau selbständiger Existenzen, ebenso wie die Polarisierung der Studienfachwünsche, als natürliche Gegenreaktion auf frühere Verhältnisse zu interpretieren.

Beachtenswert ist, daß sich zu den erfragten Positionen keinerlei signifikante Unterschiede nach Klassenstufen und Geschlecht ergeben. Das bestätigt die bereits genannte Annahme, daß die Frauen in den neuen Ländern den Männern gegenüber völlig identische Haltungen zu Studium und Beruf haben, sich diesbezüglich offenbar noch keine Verschiebungen abzeichnen. Allerdings ist nicht auszuschließen, daß ein feinstufigeres Antwortmodell etwas differenziertere Befunde ergeben könnte.

Tabelle 8: Gründe der Studienfachwahl (Mittelwerte x bei dreistufigem Antwortmodell)¹

Gründe	Ge- samt	Jg. 1992	Jg. 1994	w	m
Besonderes fachl. Interesse	1,16	1,16	1,16	1,16	1,17
entspr. Berufswunsch	1,76	1,77	1,74	1,75	1,77
Möglichkeit, sich selbständig zu machen	2,11	2,11	2,10	2,10	2,11
gute Zulassungschancen	2,35	2,36	2,33	2,39	2,27
Studienort	2,59	2,60	2,59	2,60	2,58

¹ Antwortmodell: 1 - ja, 2 - teilweise, 3 - nein

Quelle: Projektgruppe Hochschulforschung

Insgesamt zeigen die hier vorgestellten Befunde, daß Frauen der neuen Bundesländer aus gegenwärtiger Sicht

- künftig verstärkt Hochschulbildung nachfragen werden, was allein aus der Öffnung der gymnasialen Oberstufe und der Hochschulen resultiert (absoluter Anstieg der Studienanfängerinnen). Zu erwarten ist aber auch, daß sich die Relation nach Geschlechtern dabei nicht wesentlich verändern wird;
- wesentlich stärker als das zuvor möglich war, solche Studiengänge wählen werden, die ihren individuellen Interessen und Neigungen entsprechen;
- innerhalb der einzelnen Studienfächer damit in veränderten Relationen (Anteile) vorhanden sind;
- nach wie vor in gleicher Weise wie Männer für ein Studium motiviert sind und daran ähnliche Erwartungen bezüglich der späteren Verwertung von Hochschulbildung knüpfen.

Auf dieser Basis ist zu beobachten, ob die Einstellungen der Gymnasiastinnen stabil bleiben und sich in ihrem tatsächlichen Bildungsverhalten niederschlagen werden. Anderenfalls bliebe zu analysieren, wodurch sich ursprüngliche Positionen und Studienabsichten ändern.

Anschrift der Verfasserin:

Dr. Irene Lischka
Projektgruppe Hochschulforschung
Berlin-Karlshorst
Aristotelessteig 4

10318 Berlin